

Sowjetunion: Die Kirchen nach dem Putschversuch

Der gescheiterte Putsch des 19. bis 21. August (vgl. HK, September 1991, 396) und die sich überstürzenden Ereignisse, die ihm folgten, bedeuten zweifellos auch für die Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion bzw. ihren mehr oder weniger souveränen Nachfolgestaaten eine markante Zäsur. Die verschiedenen Glaubensgemeinschaften in der Sowjetunion profitierten in ihrer Rechtsstellung und ihren Wirkungsmöglichkeiten in den vergangenen Jahren zunehmend von der Gorbatschowschen Reformpolitik. Diese Entwicklung gipfelte in einer Liberalisierung der Religionsgesetzgebung: Am 1. Oktober 1990 wurde das neue sowjetische Gesetz „Über die Freiheit des Gewissens und der religiösen Organisationen“ verabschiedet (vgl. HK, November 1990, 51 ff.); am 10. November 1990 folgte die Veröffentlichung des neuen Religionsgesetzes der Russischen Föderation (vgl. HK, Januar 1991, 14 f.), das den Religionsgemeinschaften zum Teil weiter entgegenkommt als das sowjetische. Jetzt dürften mit dem Ende des bisherigen Sowjetsystems bald die noch verbliebenen Beschränkungen und Kontrollmechanismen für die Kirchen und Religionsgemeinschaften fallen. So wurde Mitte September die Auflösung der für die Kontrolle des Bereichs religiöse Angelegenheiten zuständigen Abteilung des sowjetischen Geheimdienstes KGB bekanntgegeben.

Das neue Gewicht der orthodoxen Kirche

Parallel zur Stärkung Rußlands und seines vom Volk direkt gewählten Präsidenten *Boris Jelzin* brachte der Putschversuch auch eine weitere öffentliche Aufwertung der *Russischen Orthodoxen Kirche*. Patriarch *Alexij II.* hatte dem russischen Präsidenten schon bei seiner Amtsüber-

nahme den Segen der Kirche überbracht. Nach dem Putsch zelebrierte er einen Trauergottesdienst für die jungen Männer, die bei der Blockade des Panzervormarsches gegen das Moskauer „Weiße Haus“, den Sitz des russischen Parlaments, getötet worden waren. In einer am 26. August im Obersten Sowjet verlesenen Botschaft betonte der Patriarch die entschlossene Gegnerschaft der russisch-orthodoxen Kirche gegen die Putschisten. Die Kirche habe vom ersten Tag des Putsches an die Legalität des selbsternannten Staatskomitees nicht anerkannt. Die Kirche sei zum größten Teil „eindeutig auf der Seite des Gesetzes und der Freiheit“ gestanden.

Tatsächlich waren unter den Verteidigern des „Weißen Hauses“, die die Mobilisierung der Moskauer gegen die Putschisten organisierten, auch etliche orthodoxe Priester, unter ihnen der bekannte Dissident *Gleb Jakunin*. Demgegenüber war die am 20. August im Rundfunk verlesene erste Erklärung von Patriarch *Alexij* eher vorsichtig formuliert. Dort hieß es u. a., die Absetzung Gorbatschows beunruhige Millionen Menschen in der Sowjetunion, die die Legitimität des neugebildeten Staatskomitees bezweifelten. Es sei notwendig, die Stimme Gorbatschows zu hören und seine Haltung zu den Ereignissen herauszufinden. Die Erklärung sprach von der Hoffnung, der Oberste Sowjet werde strenge Maßnahmen ergreifen, um die Situation im Land zu stabilisieren und endete mit einem Appell an alle Gläubigen der russisch-orthodoxen Kirche, das ganze Volk und besonders an die Armee, „Standhaftigkeit zu zeigen in diesem für unser Vaterland so entscheidenden Moment und nicht zuzulassen, daß Blut in einem Bruderkrieg vergossen wird“.

Der Putsch und seine Folgen haben

für die russische Orthodoxie sowohl die *Chancen* wie die *Probleme* der letzten Monate und Jahre nochmals vergrößert. Zum einen ist der kirchliche Neuaufbau im vollen Gange: Vollerorts werden Kirchen für den Gottesdienst geöffnet, es entstanden und entstehen zahlreiche Klöster, kirchliche Ausbildungsstätten und Sonntagsschulen. Die Kirche ist vielfach diakonisch engagiert und wird auch im Erziehungswesen angefragt. Auf die Russische Orthodoxe Kirche richten sich viele Hoffnungen und Erwartungen, gerade angesichts des Vertrauensverlusts praktisch aller anderer Großinstitutionen und der massiven Verunsicherung breiter Bevölkerungsschichten im schwierigen Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft. Allerdings hat diese Entwicklung auch ihre Schattenseiten, die teilweise in der orthodoxen Kirche auch gesehen werden. Die Kirche hat Mühe, mit den vorhandenen personellen und finanziellen Mitteln den neuen Möglichkeiten einigermaßen gerecht zu werden; das Interesse an Christentum und Kirche ist nicht selten nostalgisch-national gefärbt oder eher oberflächlicher Natur.

Manche ausländischen Beobachter sprachen in den letzten Wochen davon, die russische Orthodoxie sei inzwischen wieder dabei, zur russischen *Staatskirche* zu werden, rücke mit Macht in das ideologische Vakuum ein, das der Zerfall des kommunistischen Systems hinterlassen habe. In jedem Fall wird die ROK in nächster Zeit ihre Rolle in Staat und Gesellschaft angesichts der grundlegenden Veränderungen neu bestimmen müssen. Dazu gehört nicht zuletzt die *Auseinandersetzung mit der Vergangenheit* in den Jahrzehnten der kommunistischen Herrschaft. In einem Schreiben, das der Heilige Synod Anfang September an die Gläubigen richtete, war von Versuchen die Rede, „die Kirche und ihre Diener als verdächtig hinzustellen, sowohl im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen als auch mit der gesamten Geschichte der letzten 70 Jahre“. Dem russisch-orthodoxen Klerus sei in den Jahrzehnten der kommunistischen Unterdrückung nichts anderes übrig-

geblieben, als die Realität in Betracht zu ziehen und nach dem Gewissen des einzelnen zu handeln. Nicht alle Diener der Kirche seien in den Jahren der Prüfung ihrer Berufung in gleicher Weise treu gewesen. Die jetzt notwendige „Reinigung und Wiederbelebung“ der Kirche müsse aber aus dem „Geist der Versöhnung“ erfolgen.

Noch nicht bereinigt ist das Verhältnis zwischen dem Moskauer Patriarchat und der *russisch-orthodoxen Auslandskirche* (mit Hauptsitz in den USA), deren Jurisdiktion sich inzwischen einige Dutzend Gemeinden in Rußland unterstellt haben. Immerhin fand kurz vor dem Putsch ein erstes Treffen in Moskau zwischen Vertretern des Moskauer Patriarchats und der Auslandskirche statt. Im Anschluß an das Treffen erklärten Vertreter der Auslandskirche, die Begegnung bedeute nicht die Aufnahme offizieller Beziehungen mit dem Moskauer Patriarchat; es sei jedoch der Anfang zu einem Dialog gemacht worden.

Für Rom wird es komplizierter

Auch für die *katholische* Kirche ergibt sich eine *neue Konstellation*. Bislang war die zentrale politische Führung in Moskau entscheidender Ansprechpartner für die vatikanische Diplomatie, ebenso wie das Moskauer Patriarchat im kirchlich-ökumenischen Bereich. Jetzt werden sich die Dinge stärker auf die einzelnen Republiken mit ihrer sehr unterschiedlichen katholischen Präsenz verlagern. Im Fall der *drei baltischen Staaten*, deren Souveränität jetzt von der sowjetischen Führung wie von zahlreichen Staaten der Welt anerkannt bzw. wiederanerkannt wurde, hat der Heilige Stuhl schnell gehandelt; Kardinalstaatssekretär *Angelo Sodano* richtete am 30. August Schreiben an die Ministerpräsidenten von Estland, Lettland und Litauen (*Osservatore Romano*, 30. 8. 91), in denen eine *Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen* mit den drei Staaten in Aussicht gestellt wurde.

In Litauen, dessen Einwohner zu etwa 80 Prozent katholisch sind, wurde die Hierarchie 1989 wiederhergestellt; die Bistumsgrenzen zwischen Litauen, Weißrußland und Polen entsprechen jetzt den politischen Grenzen. Für die beiden Diözesen in Lettland mit zusammen etwa 500 000 Katholiken ernannte Johannes Paul II. im Mai dieses Jahres neue Bischöfe. In Estland lebt nur eine kleine Minderheit von ungefähr 10 000 Katholiken, deren Gemeinden von einem einzigen Priester betreut werden; die 1924 im unabhängigen Estland eingerichtete Apostolische Administratur ist nicht besetzt.

Noch nicht zu übersehen sind die Konsequenzen, die sich aus der weiteren Verselbständigung der *Ukraine* innerhalb der Sowjetunion für die dortigen kirchlichen Konflikte ergeben könnten. Sowohl die ukrainisch-katholische Kirche wie die autokephale orthodoxe Kirche haben ihr Schwergewicht im Westteil der Republik, aus dem auch die deutlichsten Voten zugunsten einer vollen Unabhängigkeit der Ukraine kommen. Kardinal *Myroslav Lubachivsky*, der Großerbischof von Lemberg (er hält sich seit mehreren Monaten in der Ukraine auf), sprach in einer Stellungnahme zur Unabhängigkeitserklärung des ukrainischen Parlaments vom 24. August (sie ist am 1. Dezember Gegenstand eines Referendums) von einem „unvergesslichen historischen Augenblick“. Die ukrainisch-katholische Kirche richte Dankgebete an die Heilige Dreifaltigkeit und teile die Freude aller Ukrainer in der Heimat wie im Ausland.

Inzwischen hat sich der Heilige Stuhl auch um den Kontakt zum *russischen Präsidenten* bemüht. Erzbischof *Jean-Louis Tauran*, Sekretär für die Beziehungen zu den Staaten, traf am 14. September in Moskau mit Boris Jelzin zusammen; bei dem Treffen wurde über den Ausbau der Beziehungen zwischen Rußland und dem Heiligen Stuhl gesprochen. Vermutlich wird Jelzin noch in diesem Jahr anlässlich einer Reise nach Italien mit Johannes Paul II. zusammentreffen. Der Apostolische Administrator für die Katholiken im europäischen Teil von Rußland, Erzbischof *Tadeusz Kondrusiewicz*, äußerte mehrfach seine Freude über das Scheitern des Putsches und den dadurch bewirkten Schub im Demokratisierungsprozeß: der Demokratisierungsprozeß, so der Erzbischof in einem Interview mit der italienischen katholischen Wochenzeitschrift „Il Sabato“ (31. 8. 91), sei auch für die Kirche von großer Bedeutung; weil er eine immer größere Freiheit für das pastorale, missionarische und kulturelle Wirken mit sich bringe. Gerade dieses Wirken der katholischen Kirche in Rußland ist aber der orthodoxen Seite vielfach ein Dorn im Auge. So sprach sich der Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, Metropolit *Kyrill* von Smolensk, unlängst gegen die Errichtung katholischer Gemeinden für Russen aus. Die katholische Kirche solle vielmehr ihre Aktivität in Rußland auf ausländische Diplomaten und Geschäftsleute sowie auf die Angehörigen nationaler Minderheiten wie Polen und Litauer beschränken. U. R.

Kirchenbau: Wie sieht seine Zukunft aus?

Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung, vertreten durch ihr Institut für Kommunalwissenschaften, und der kulturpolitisch rührige Oberbürgermeister einer württembergischen Mittelstadt warteten Anfang September erneut mit einer Tagung zum Themenbereich Kunst und Kirche auf, wie

es sie in dieser Breite im außerkirchlichen Raum nur selten gibt. Zwei Jahre, nachdem man, gleichfalls auf ökumenischer Basis, Freunde und Fachleute der Kirchenmusik nach Schwäbisch-Gmünd geholt hatte (vgl. HK, Oktober 1989, 468 ff.), ging es diesmal um den Kirchenbau. Das The-